

Zulische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 188. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.

Abendblatt für Halle a. S. Nummer 2, 50 Hfr., nach die Zeit beginnt 3 Hfr. für das Vierteljahr. Die halbjährige Bestellung einschließlich Zustellungsgebühr. — Gratis-Belegungen: Gutsbesitzer, Gutsverwalter (eig., Realbesitzer), III. Unterverwaltungsbüro (Gemeindeverwalt., Bank, Wittwenkassen).

Zweite Ausgabe
Freitag, 23. April 1909.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulzebergstr. 87, hinterhaus. Telefon 188; Telephon-Telegraph 1272. Eing. Nr. 3749/09. Gegründet: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.
Geschäftsstelle in Berlin: Defensionstr. 14. Telefon Nr. VI 11494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Die Sage in der Türkei.

Heute, Freitag, findet der übliche Samstag statt, die bekannte, unter militärischer Brackentanzung sich vollziehende Zeremonie der Ausrufung des Sultans in der Hofkapelle zu Stambul. Am Abend dieses Tages dürfte es sich entscheiden, ob wieder Ordnung in den jungen Verfassungskreis nach dem Programm der jungtürkischen Partei eintreten soll.

Bis jetzt herrscht im Bild und dessen Umgebung übliche Ruhe. Der Großvezir Tewfik Pascha bestatigt am Mittwoch den Vertretern auswärtiger Mächte in Konstantinopel, daß Abdul Hamid II. bleiben werde. Die Verhandlung des Sultans mit dem Generalkonstabler der Armee und die bei ihnen befindlichen Abgeordneten mit Zustimmung der Erklärung des Ministers des Auswärtigen Hamid Pascha, die Stellung des Sultans würde unangenehm bleiben. Er dürfe auf keinen Fall weiter regieren; seine Regierung bedeute den Untergang des Landes. Sein Leben solle gesichert werden. Würde der Nachweis erbracht, daß er sich an der Revolution irgendwie beteiligt habe, oder gar ihr Urheber gewesen sei, so wäre seine Entlassung unermittelbar. Wie es heißt, wurde Prinz Mehmed Reschid Effendi bereits in vielen Provinzialstädten zum Sultans ausgesprochen.

Uns den letzten in großer Zahl vorliegenden Nachrichten sehen wir die folgenden hervor: Aus Pola wird gemeldet, daß das österreichische Schiffschiff Erzherszog Ferdinand Max und der Torpedojäger „Satellit“ Donnerstagabend nach den türkischen Gewässern ausgelaufen seien. Ferner meldet die „Frankf. Ztg.“, daß der Oberkommandierende Mahmud Scheffik-Pascha Donnerstagmittag unter ungeheurer Jubel aus Saloniki in Thessalonien eingetroffen sei. Weiter wird von türkischen Ministerium des Innern die Nachricht, daß in Marasch (Wilajet Aleppo) 400 Menschen ums Leben gekommen seien, für unrichtig erklärt. Ihre Zahl betrage höchstens 20. Da in Sojan (Wilajet Adana) Unruhen befürchtet werden, wurden Truppen dorthin entsandt. Auch in anderen Orten Ciliciens, sowie in einigen Orten Syriens kam es zu blutigen Zwischenfällen. Unter der Bevölkerung von Damaskus ist Erregung herrschend.

Sturz vor Schluss der Redaktion laufen noch folgende telegraphische Meldungen bei uns ein: Der türkische Ministerat berathschlagt über die nachstehenden Bedingungen der Amara-Garnice:

1. Alle an den letzten Vorkäufen Schuldigen werden befreit.
2. Die Konstantinopel Garnison in ihrem ursprünglichen Teil wird entlassen. Die drei Saloniki Jägerbataillone werden wegen verächtlicher Haltung entlassen und ausgeliefert, die Mannschaften in Makedonien beim Gussauheer befreit.
3. Über Konstantinopel wird der Belagerungsstand verhängt. Die Besatzung des Sultans, die Divisionen und andere Teile der Besatzung werden entlassen.
6. Ein dem Parlament genehmertes Kabinett wird ernannt.

Bei Erfüllung dieser Bedingungen sollen die Truppen nicht in die Stadt einrücken, werden aber marschbereit bleiben.

Die türkische Deputiertenkammer und der Senat hielten am Donnerstag eine gemeinsame Sitzung im Saale des Justizpalastes in Konstantinopel ab. Die Kammer wurde von dem stellvertretenden Generalkonstabler Tewfik Pascha geleitet, der bekannte bulgarische Botschafter Paniza befand. Der Vorsitz führte der Senatspräsident Said Pascha, auch der frühere Kammerpräsident Ahmed Nisai war anwesend und wurde lebhaft beachtet. Unter den Deputierten und dem zahlreichen Publikum, das sich im Saale des Justizpalastes aufhielt, herrschte lebhaftes Interesse. Es wurde in gemeinsamer Sitzung beschlossen, daß das Gesetz gegen die makedonischen Armee zu legalisieren, sowie den von der Armee erlassenen Bedingungen die Proklamationen zuzustimmen. Während der Sitzung wurden vom Vizeer her fünf türkische Kriegsschiffe im Bosporus verhaftet und nach dem Saale des Justizpalastes gebracht. Am weiteren Verlauf der Sitzung befasste sich das Parlament, das sich als Nationalversammlung konstituierte, eine Proklamation zu erlassen, in welcher erklärt wird, daß das Vorgehen der Belagerungsarmee den Wünschen der Nation entspricht. Jedermann sei dieser Armee gegenüber zum Gehorsam verpflichtet, während gegen sie werde kein Recht bestritten werden. Die Nationalversammlung erklärte sich in Bernahme. Sodann legte der Vizeer den Urkunden des Vizepräsidenten Mustafa seine Würde zugunsten des früheren Vizepräsidenten Ahmed Nisai ab.

Der Geschäftsgang auf der Börse und auf den übrigen Ministerien ist infolge der Abwesenheit dieser Beamten, sowie wegen der unterbrochenen Verbindung mit vielen Wilajets stark zurückgegangen. Nicht- oder funktionierende die Zentralbehörden wie immer. Gerüchteleise verkundet, der Großvezir Tewfik Pascha werde am Sonnabend demissionieren.

Die Situation scheint für den Sultan kritisch, seine Zukunft sehr unklar zu sein. Es sind alle Eventualitäten zu berücksichtigen. Andererseits ist zu konstatieren, daß der Sultan in der Masse der Bevölkerung noch großen Anhang besitzt, besonders in den niederen Klassen. Während ein großer Teil der öffentlichen Meinung den Sultan als den Anreger des Aufstandes vom Dienstag voriger Woche und seinen intimen Berater, den Eunuchen Madir, sowie Burhan Eddin als direkte Vermittler betrachtet, wird es von einem anderen Teil bestritten. Dieser führt verschiedene Gegenbeispiele an und lenkt den Verdacht auf andere Personen. Diese Strömung scheint bisher gut geleitet zu sein und auch Wirkungen zu äußern. Es verlautet, daß der Senatspräsident Said Pascha während der Krise der letzten Tage dem Sultan gegenüber eine hervorragende Rolle gespielt habe. Unerwartet herrscht Ruhe. Seit der Proklamation der makedonischen Armee aber nimmt die Anzahl der kompromittierten Personen aus Konstantinopel stetig zu. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch einzelne Soldaten. Man fürchtet eben ein heftiges Strafgericht und die ängstliche Bevölkerung ein Blutbad. Viele Bosnier, darunter einige Schüler, sind abgereist.

Wir verzeichnen noch folgende Telegramme:
Saloniki, 22. April. Das Saloniker Korps-Kommando redigiert in einer Note an die hiesigen Konsulate das Vorgehen des Korps zur Herbeiführung der Ruhe und erklärt die Bedingungen bis auf die militärischen Punkte, welche noch geprüft werden, als angenommen. Wenn die Antwort nicht in 24 Stunden gegeben wird, erlangt das Saloniker Korps Autonomie und macht die Urheber der Ereignisse für die Folgen verantwortlich.

Konstantinopel, 22. April. Bei den Komitetruppen befinden sich der Kommandant des dritten Korps, Mahmud Scheffik Pascha, der Generalkonstabler Kalem Pascha, der frühere Kriegsminister Ali Nisai und der frühere Kommandant des Konstantinopel Korps, Mahmud Mutlar Pascha. Zu den Truppen zählen auch etwa zehntausend Freiwillige. Die Nachricht, daß sie bereits in unmittelbarer Nähe Konstantinopels vorgerückt seien, ist unzutreffend. Ihre Vorkorpsen stehen auf der Linie San Stephanos-Vitro-Guthschirg-Bergos. Der Einmarsch der Truppen dürfte auch morgen nicht erfolgen. Die hiesigen Wäldern zufolge ist auch der Freischützler Kampf bei den vordringenden Truppen eingetroffen.

Konstantinopel, 22. April. Einer Konsulardepeche zufolge hat sich die Bevölkerung in Damaskus und anderen Orten unter der Einwirkung der Geistl. und Militärbehörden beruhigt. — Nach einer weiteren Depeche wird die Zahl der Opfer während des armenischen Massakers im Wilajet Adana auf 15 000 geschätzt. Ganze Dörfer sind verödet. Die Waisensöhne verlangen von dem armenischen Bischof zur Rechtfertigung vor Europa die Erklärung, daß die armenische revolutionäre Bewegung die Massaker hervorrief. Sie drohen, andernfalls alle Heberlebenden zu vernichten. Die Armenier in Konstantinopel und in anderen Orten sind sehr gereizt.

Wien, 22. April. Infolge von beachtenswerten Nachrichten über große Ausschreitungen des Böbels in verschiedenen italienischen Hafenstädten sind der Botschafter, Kaiser Karl VI. und der Kreuzer „Genia“ in das östliche Meer des Mittelmeeres entsandt worden.

Deutsches Reich.

* In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag wurde dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten betreffend den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz die Zustimmung erteilt.

* Die Finanzkommission des Reichstags nahm am Donnerstag bei der Beratung des Branntweinsteuergesetzes einen Zentrumsantrag an, für den auch die Linke, Sozialdemokraten und Freisinnigen stimmten, den § 29 (Festsetzung des Einzelkontingents) folgendermaßen zu fassen: Die im Betriebsjahre 1907/08 nach den Vorschriften des bisherigen Branntweinsteuergesetzes festgesetzten Kontingente bleiben unbedeutet der Vorschriften in den §§ 25 und 29 (Kontingentsminderung beim Betriebswechsel) bis zum 30. September 1911 in Geltung. Für den folgenden Kontingentsjahr erfolgt die Neuveranlagung im Betriebsjahre 1910/11. Hierbei und ab dann von fünf zu fünf Jahren sind für die einzelnen bisher beteiligten landwirtschaftlichen Brennereien und für die inzwischen neuentstandenen landwirtschaftlichen Brennereien und Ölsämereien die Jahresmengen Branntwein, die sie zu dem niedrigen Abgabensatz herstellen dürfen, neu zu bemessen. Bei der Neuveranlagung im Betriebsjahre 1910/11 ist innerhalb der einzelnen Verwaltungskreise das Kontingent einer jeden landwirtschaftlichen Brennerei einer Revision zu unterziehen und nach einseitigen Grunddaten im Verhältnis zum bisherigen Gesamtkontingent zum Durchschnittsbrand neu festzusetzen. — Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

* Die Budgetkommission des Reichstags nahm am Donnerstag weiter eine Resolution an, den Reichsantrag zu erwidern, bei Festsetzung der Umzugsstellen folgende Gesichtspunkte zu erörtern: Notwendige Auslagen für Ueberführung des Gausrats, Ertrag der Juristen für die zum Hausstand gehörigen Personen, erhebliche Herstellung der allgemeinen

Kosten insbesondere auch bei den gefandtschaftlichen und Konularbeamten.

* Die Befähigung des unläteren Wettbewerbs. Die Kommission des Reichstags für den Gelegenheitsvertrag betreffend die Befähigung des unläteren Wettbewerbs beendete am Donnerstag die zweite Sitzung.

* Der Entwurf betreffend die Umzugsstellen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen ist dem Herrenhause zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß jeder Geistliche beim Antritt des Pfarramts einer Kirchengemeinde von dieser eine Vergütung für Umzugskosten erhält. Die Vergütung beträgt für Geistliche mit Familie an allgemeinen Kosten 300 M., an Transportkosten für je sechs Kilometer 8 M. Geistliche ohne Familie erhalten die Hälfte.

* Das Kaiserpaar auf Korfu. Die Majestäten machten Donnerstag morgen eine Spaziergang. Zur Frühstückstafel war die Kronprinzessin von Griechenland geladen. Nachmittags unternahm die Majestäten mit der Kronprinzessin, dem Prinzen Oskar und den Umgebungen einen Ausflug in Automobilen nach Palakastrizza.

* Der deutsche Kronprinz in Bukarest. Der deutsche Kronprinz stiftete Donnerstag vormittag dem 4. Infanterieregiment, dessen Oberst-Inhaber die Prinzessin von Rumänien ist, einen Besuch ab. Am Nachmittag fand in Bukara, nahe bei Bukarest, ein Schloß der Prinzen Erbprinzen ein Gartenfest statt. Dabei wurden romantische Volksfeste und Tänze aufgeführt. Abend fand zu Ehren des Kronprinzen ein Ball im Palais Cotroceni statt. Der König hat an die Umgebung des Kronprinzen Ordensauszeichnungen verliehen.

* Der deutsche Botschafter in Rom. Graf v. Monts, wurde am Donnerstag vom König von Italien in Abschiedsbesuch empfangen.

* Der japanische Prinz Kuni ist gestern in Berlin eingetroffen. Er reist Anfang Mai nach Paris. Er fand ein festliches Empfang und zwar bis zum vergangenen Herbst, beim 2. Garde-Regiment.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensaal.
69. Sitzung vom 22. April, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim.
Die zweite Sitzung des Staats der Anhebungscommission

wird fortgesetzt.
Abg. Graf Braschka (Ztr.): Die Möglichkeit der Enticung wirkt fragwürdig namentlich auf den kleineren polnischen Besitz. Mit einer Entschädigung des Grundbesitzes sind wir gern einverstanden. Aber welche politische Momente muss ausgeglichen werden. Dem Antrag v. Arnim, der die Befähigung nur durch die Anhebungscommission vornehmen will, können wir nicht zustimmen. Wenn ein nicht blühendes, frisches, evangelisches Leben sich entwickelt, so begründen das auch wir. Aber die Entwicklung darf sich nicht auf Kosten der katholischen Kirche vollziehen. Zurzeit erscheint die Germanisierung als Protektionierung mehr gefördert als durch schroffes Zurückgehen. Wenn deutsche Katholiken bei Wahlen gelegentlich mit den Polen zusammengehen, kann von Landesverrat nicht die Rede sein. Gaben sich nicht auch die Nationalliberalen politische Unterfertigung gefallen lassen, als sie den Sozialdemokraten Vornahme verdrängen wollten? Wir werden die Anhebungscommission der Regierung stets befehlen. (Beifall im Ztr.)

Abg. v. Bessel (son.) begründet den von ihm eingebrachten Antrag, die Befähigung größerer Güter in der Ostmark nicht durch die Deutsche Bauernbank in Danzig und die Deutsche Mittelstandsbank in Kofen, sondern durch die Anhebungscommission ausführen zu lassen. Die Beamten der Bauernbank und der Mittelstandsbank werden der Aufgabe, Grundgutbesitz zu verwalten, nicht gewachsen sein. Ihnen fehlt die Fähigkeit, die landwirtschaftlichen Beamten so zu kontrollieren, wie dies namentlich auf größeren Gütern notwendig ist. Der Genossenschaftscharakter darf nicht überhand nehmen. Bauernbank und Mittelstandsbank sind zur Befähigung großer Güter ungeeignet. Wo so viele politische und nationale Momente in Betracht kommen, muss eine staatliche Anstalt die Leitung haben. Wird der Antrag nicht angenommen, so hat er trotzdem seinen Zweck erfüllt. Meine Freunde halten den im Antrag geeigneten Weg für allein richtig. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Nach einer eingehenden Erörterung sind wir dazu gekommen, es beim bestehenden Modus zu belassen. Dies entspricht auch dem Wunsch des neuen Anhebungspräsidenten, dem doch auch nach dem Wunsch des Hauses möglichst freie Hand gelassen werden soll. Wenn bei Bauernbank und Mittelstandsbank gelegentlich ein unfähiger Beamter tätig war, so darf dies doch nicht verallgemeinert werden. Die Aufgabe des Abg. Bessel gegen den § 13 des Anhebungsgesetzes sind gegenseitig. Von den Angehörigen kommen 24 Prozent aus der Ostmark selbst, im vergangenen Jahre waren es sogar 30 Prozent. Durch die Raiffeisenvereinigungen sind die Gänder noch keineswegs verdrängt. Von einer allgemeinen Schädigung der Mittelstands- kann jedenfalls nicht die Rede sein. Die Frage der Befähigung ist eine Frage der richtigen Befähigung des landlichen Besitzes. Darin unterstreibe ich, was Abg. Bessel gestern betont hat. Der Großgrundbesitz ist unentbehrlich. Freilich nicht immer ist es möglich, ein lebensfähiges Kapital zu schaffen. In der Anhebungscommission bleibt unser Ziel, die ehe-mals polnischen Landbesitzer mit Deutschen so zu durchziehen, dass sie dem Werdenden des Potentials landlichen Besitzes. Die katholischen Anhebers sind der Polonisierung leichter ausgesetzt als die evangelischen. (Geht richtig!) Darum müssen die deutschen Katholiken in großen Komplexen angehebert werden, damit sie untereinander verteidigen können. Daneben müssen

